Youth Strike am 20. November – für revolutionären Internationalismus gegen Krieg und Imperialismus!

von Yorick F., Aufruf der Internationalen Sozialistische Liga, 4 Minuten Lesezeit

Die Welt brennt, literarisch und metaphorisch: Klimakrise, Krieg, Genozid, immer weiter wachsende Armut und die immer klarere Botschaft der Herrschenden an Jugend und Arbeiter:innenklasse: Euer Leben ist nichts wert außer dem Profit, den ihr für uns erwirtschaftet. Um die Militärapparate hochzufahren und Waffen für Genozide zu liefern, werden unsere Schulen, Universitäten und Gesundheitssysteme kaputtgespart. Während das Klima auf den kompletten Kollaps zusteuert, werden Maschinen gebaut, welche nichts tun, als Tausende Menschenleben und Natur und Klima zu zerstören.

Das alles sind keine Zufälle, es sind Ausdrücke des Imperialismus, des höchsten Stadiums des Kapitalismus. In einem Kampf um die Neuaufteilung der Welt in Einflusssphären, Bodenschätze und politische Macht stehen sich imperialistische Großmächte wie die USA und China, aber nicht nur sie, auch Deutschland, Frankreich oder Britannien gegenüber und wollen ihren Platz an der Sonne haben. Die Jugend und die Arbeiter:innenklasse tragen die Kosten davon: ob in Palästina, Libanon, Sudan, Kongo, Venezuela, Iran, Kuba oder der Ukraine, ob in maroden Schulen, ob in Zwangsmilitärdiensten und Musterungen, die uns für ihre Profite in den Tod schicken sollen, überall stehen wir einem gemeinsamen Feind gegenüber: dem imperialistischen Weltsystem.

Deswegen unterstützen und begrüßen wir das Manifest des International Youth and Student Strikes für die Mobilisierung für den 20. November. Dieses Manifest ist ein großer Schritt in die richtige Richtung! Aktuell sehen

wir in ganz Europa Aufstände der Jugend gegen die Auswirkungen der Aufrüstung der EU: in Deutschland die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht, die eine wichtige Inspiration für den internationalen Youth Strike darstellen, Streiks gegen das Hidschabverbot in Österreich und Aserbaidschan, Schüler:innenproteste in Frankreich gegen kaputtgesparte Schulen, welche sich auch nach Belgien, Italien und Albanien verbreiten, oder Massenproteste in Spanien und Portugal gegen Mietenwucher, mit großen Protestcamps in den letzten Monaten. Damit diese Bewegungen gewinnen können, müssen sie gemeinsam gedacht und vor allem gemeinsam gekämpft werden!

Wir als Internationale Sozialistische Liga (ISL) unterstützen diesen Aufruf und wollen uns tatkräftig daran beteiligen! Wir rufen alle Jugendlichen und Arbeiter:innen auf, mit uns europaweit und global auf die Straße zu gehen und einen Schritt in Richtung einer internationalen Bewegung gegen Krieg und Krise zu setzen!

Gleichzeitig bleibt es wichtig, über Perspektive und Strategie zu diskutieren:

Als ISL schlagen wir folgende Punkte für den Weg nach vorne vor. Wir laden alle Gruppen und Aktivist:innen dazu ein, diese mit uns zu diskutieren und sich unseren Reihen anzuschließen:

1. Bei einem Streik darf es nicht bleiben!

Eine Bewegung gegen die Militarisierung weltweit braucht mehr als einen Streik, es braucht regelmäßige, international koordinierte Aktionen, welche zum einen Menschen auf die Straße bringen, aber gleichzeitig auch international und vor Ort, an Unis, Schule und im Betrieb, feste Strukturen bilden, welche die Bewegung tragen können. Diese Termine sollten international koordiniert werden. Hierfür braucht es klare und transparente Strukturen, in denen sich alle Organisationen des Bündnisses einbringen können und sollten.

2. Konkrete Verbindung mit existierenden

Kriegen

Solidarität muss praktisch werden. Die Aufrufe zu Solidarität mit konkreten Kriegen, Genoziden und anderen von imperialistischer Aggression betroffenen Staaten sind wichtig und richtig, es braucht aber eine Debatte darüber, wie wir unsere Solidarität praktisch werden lassen können. Uns muss klar sein, dass der wichtigste Schritt dabei sein muss, gegen die imperialistische Bestie in einem ihrer eigenen Herzen, in den imperialistischen Staaten der EU, zu kämpfen. Das kann heißen, Widerstand gegen bestehende oder geplante Produktionsstätten und Transportzentren für Rüstungsgüter zu organisieren. Gleichzeitig sollten wir Aktionen wie die Flotilla nach Gaza oder den International Solidarity Convoy to Ukraine unterstützen. Auch wenn es sich dabei in erster Linie um humanitäre Projekte handelt, müssen wir diese Momente politisch nutzen.

3. Wir brauchen strategische Diskussion!

Das Youth-Strike-Bündnis besteht aus diversen Organisationen aus unterschiedlichen Ländern mit verschiedenen Programmen. Uns eint, dass wir der Militarisierung und dem Imperialismus etwas international entgegensetzen wollen. Gleichzeitig haben wir unterschiedliche Vorstellungen, was das konkret heißt und wie wir dahin kommen. Das darf nicht bedeuten, dass wir uns ausschließlich auf die Dinge verständigen, in denen relative Einigkeit besteht. Es muss gerade auch bedeuten, dass wir kontroverse Punkte ehrlich und solidarisch offen diskutieren können. Wir schlagen hierfür nach dem 20. November eine Strategiekonferenz des Youth Strike vor, um über Strategie, Ausrichtung und Taktik im Aufbau einer schlagkräftigen Bewegung zu diskutieren. Nur gemeinsam können wir Aufrüstung und Militarisierung wirksam etwas entgegensetzen. Wir rufen alle Organisationen und Aktivist:innen, die mit diesen Vorschlägen übereinstimmen, auf, sich unseren Organisationen in allen Ländern anzuschließen, um gemeinsam zu kämpfen für eine revolutionäre Perspektive!

Hoch die internationale Solidarität!

Revo vor Ort: Schulblockade in Berlin

von tacco Blumkohl, Oktober 2026, 3 Minuten Lesezeit

Schon früh am Freitagmorgen trafen sich einige Schüler:innen des Andreasgymnasium mit Unterstützenden aus dem Ost-Schulstreikkomitee am nahegelegenen Straußberger Platz. Nach einer Besprechung mit einer Einweisung durch die lokalen Schüler:innen und einer Zuteilung in Gruppen stand der Plan, sowohl den Hintereingang als auch den Vordereingang zu blockieren.

Vor Ort schafften wir es mit Bauzäunen, Mülltonnen, Ästen und anderem Zeug die Tore der Schule zu versperren, sodass um 7:20 die Blockade stand und sowohl ankommende SchülerInnen als auch Lehrkräfte nicht regulär in die Schule konnten. Kurze Zeit später kamen weitere organisierte Unterstützer:innen bei der Blockade an und brachten gute Stimmung mit. Mit Parolen und selbstbesprühten Transpis stand die Blockade bei Schulbeginn. Als die Polizei eintraf, war die Blockade schon stabil und geschlossen.

Über die Zeit schlossen sich immer mehr Schüler:innen des Andreasgymnasium der Blockadeaktion an. Auch Schüler:innen anderer Schulen und verschiedene Beschäftigte kamen zur Unterstützung. Bei einem Räumungsversuch des Hintereingangs gingen die Polizisten auf die Schüler:innen los. Trotz Schlägen, Schubsen und einer Festnahme ließen wir uns nicht einschüchtern. Die Blockade blieb stehen.

Währenddessen waren viele Schüler:innen auf und neben dem Spielplatz auf der Vorderseite versammelt. Aus Gesprächen mit Schüler:innen, selbst der die nicht Teil der Blockade waren, wurde eine klare Positionierung gegen Sozialkürzungen und Militarisierung ausgedrückt. Als deutlich wurde, dass

die Blockade weiterhin bestehen bleibt, wurden jüngere Schüler:innen in die Turnhalle gebracht, aus der sie nicht wieder rausdurften. Bis dann entschieden wurde den Unterricht in die nahegelegene Ellen-Key-Schule umzulegen.

Zur selben Zeit verstärkte sich die Polizeipräsenz am Hintereingang und sorgte durch aktives Nähern, Drohungen an den Versammlungsleiter und der Versperrung von Fluchtwegen durch Bauzäunen für eine angespannte Stimmung. Die Polizei verstand einfach nicht, warum sich Leute vermummen, während sie schützend dem mittlerweile auch anwesenden Nazi-Streamer die Aufnahmen von den Schüler:innen ermöglichte. Nachdem nun klar war, dass die Blockade erfolgreich den regulären Unterricht an diesem Tag verhindert hatte, wurde eine Demonstration zum Ellen-Key-Schule spontan angemeldet, sodass wir gesammelt und sicher vor weiteren Festnahmen und Gewalt der Polizei die Blockade auflösen konnten. Mittlerweile waren ungefähr 3 gerüstete Polizisten pro Demoteilnehmer:innen dort, um uns zu begleiten.

So endete die erfolgreiche Blockade des Andreasgymnasium und zeigt uns, dass die Aktionsform nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland möglich ist. Wir haben bewiesen wie viel Macht wir als Schüler:innen und Jugendliche haben.

Dafür reicht es nicht nur die Energie von organisierten Schüler:innen, Jugendlichen und ihren Gruppen. Für die Ausweitung der Blocusbewegung müssen wir Strukturen der Schüler:innen unter Selbstverwaltung schaffen in den wir über Positionen streiten können und dann unser Vorgehen gemeinsam beschließen, um so unsere Handlungsfähigkeit zu stärken und die breite Schüler:innenschaft zu politisieren! Im Alltag in der Schule durch den Aufbau von Schulgruppen und Durchführung von Vollversammlungen aber auch in den Blockaden, z.B. durch Delegiertenversammlungen der Schüler:innenschaft oder Vollversammlungen im Anschluss wie in Hamburg – welche auch eine Koordination für die weitere Aktionen wählen können.

Nun müssen wir also die Bewegung weiter ausbauen, lokale Schulgruppen aufbauen und unsere Solidarität auch mit streikenden Arbeiter:innen wie mit unseren Lehrkräften und Sozialarbeiter:innen einen Ausdruck verleihen, um

nach den Ferien als Blockade- und Streikbewegung erst richtig loszulegen.

Blocus überall schaffen! 4 Punkte für: wie weiter?

ein Aufruf von REVOLUTION, Oktober 2026, 2 Minuten Lesezeit

Gestern hat das französische Gymnasium in Berlin den Anfang gemacht die Kämpfe der mutigen Schüler:innen in Frankreich auf unsere Schulen in Deutschland auszuweiten. Gestern gab es das erste Blocus in Deutschland.Wir sagen: Es braucht Blocus an jeder Schule in Deutschland! Praktische Solidarität mit unseren französischen Geschwistern heißt mit ihnen zu Kämpfen: gegen Aufrüstung, Genozid und kaputte Schulen. Gegen rassistische Spaltung und sexistische Lehrkräfte. Doch wie machen wir das?#

1. Nutzen wir die Strukturen die wir im letzten Jahr durch unsere Schulstreikbewegung geschaffen haben. Alle Schulstreikkomitees sollten Blocus an Schulen organisieren, lasst uns alle Schulen blockieren. Bringt in eure lokalen Komitees diesen Vorschlag ein und macht Solidaritätsstaments mit den existierenden Blocus!

2. Haltet auf den Blocus große Versammlung aller Schüler:innen ab, auf denen man abstimmt für: 1. Solidarität mit Schüler:innen in Frankreich 2. Aufruft zum internationalen Jugendstreik am 20.11. und 3. die Lehrer:innen aufruft die Blocus und Streiks zu unterstützen! Das kann man über Texte z.B. auf Instagram oder als Video!

3. Bildet Komitees an den Schulen, sofern es noch keine gibt und erarbeitet gemeinsam Forderungen für Verbesserungen an euerer Schule, einen Plan Druck zu machen um diese umzusetzen und überlegt wie ihr so viele wir

möglich auf den Jugendstreik am 20.11. bringt!

4. Vernetzt euch mit anderen Schulen und organisiert demokratische Versammlungen in eurer Stadt von allen Schulen, wo weiter Pläne abgestimmt werden können! Die Streikkomitees können das unterstützen und helfen zu verwirklichen!

Schreibt uns eine Nachricht um das gemeinsam umzusetzen und unsere Wut über die Umstände an unsere Schulen und auf die Straßen tragen! Blocus an allen Schulen und raus zum internationalen Schulstreik am 20.11.

Ohne Druck wird sich nichts verändern, Jugendstreik in allen Ländern!

Frankreichs Jugend im Streik! Kürzungspolitik, Polizeigewalt und rassistische Ausgrenzung

von Simon Says, Oktober 2026, 10 Minuten Lesedauer

„Jedes Mal, wenn wir versuchen, unsere Stimme zu erheben oder zu demonstrieren, werden wir wie kleine Kinder behandelt. Aber wenn es darum geht, die Bullen auf uns zu hetzen, behandeln sie uns wie Erwachsene.“ **so Miriam (16) Schülerin aus Montreuil.**

Was am 24.10. mit der ersten Blockade am Lycée Saint-Exupéry in der Île-de-France startete breitete sich zu Protesten und Streiks in über 600 Lycées (Gymnasien) und über 30 Hochschulen aus! Die Jugend geht auf die Straße gegen ihre kaputtgesparten Schulen, schlechte Lernbedingungen, Lehrkräftemangel, rassistische Ausgrenzung und Pläne der Regierung, alle in

eine noch beschissenere Lage zu kürzen!

Die aktuelle Lage

*„Man schießt der Jugend ein Auge aus, so wie sie es mit den Gelbwesten getan haben“***Ryad Rani, Präsident der Schülergewerkschaft *Union syndicale lycéenn.***

Mittlerweile sollten viele davon mitbekommen haben, die Jugend in Frankreich kämpft für ihre Stimme, ihre Bildung und gegen „ihren“ Staat, der es besonders Armen und rassistisch Unterdrückten schwerer und schwerer macht. In weniger als 10 Tagen hat sie es geschafft, dass an rund einem Viertel aller Lycées der Unterricht stillsteht und es werden täglich mehr! Und das alles ohne langwierige Organisation im Voraus. Was die Proteste trägt ist die berechtigte Wut der Schüler:innen. Schon bald schlossen sich auch Student:innen ihnen an und taten es ihnen gleich an den Unis. Auch Lehrer:innen unterstützen, viele protestieren mit und schützten ihre Schüler:innen beispielsweise mit Menschenketten vor der Polizei!

Die Lage an den Schulen der sogenannten Banlieues (den armen Vororten von Großstädten wie Paris) ist katastrophal. Die Schulgebäude sind marode und kaputtgespart, Schimmel, kaputte Klos, fehlende Heizungen, einstürzende Fenster und Decken und alles was dazu gehört ist hier Normalität! Die Lehrkräfte sind massiv unterbesetzt und unterbezahlt, daraus folgt Überlastung und schlechterer Unterricht. Ein großer Ausgangspunkt war auch der immer weiter steigende schulische Druck und gottlose Stundenpläne. Das Konzept des „8-18 Uhr Unterrichts“ und zu kurze Pausen bringen alle an den Schulen immer weiter in die Überlastung! Hier ist leider auch zu wenig Platz um sich ausreichend über das Auswahlsystem nach den Gymnasien aufzuregen, welches es für Arbeiter:innenkindern, Armen und rassistisch Unterdrückte besonders schwer macht, überhaupt höhere Bildung zu erhalten.

Fakt ist jedenfalls, es läuft beschissen für die Schüler:innen in Frankreich, so beschissen, dass sie jetzt die Nase voll haben!

Die Antwort des Staates

„Jeden Tag schickt man uns Polizisten, aber niemals Lösungen.“ **Eine Schülerin aus Beaumont-sur-Oise.**

Die Diener:innen der Staatsmacht, die seit jeher auf die Missstände scheißt, die sie geschaffen hat, rückten mit aller Brutalität an! Es gab bereits über 3000 Verhaftungen und weit über 200 verletzte Schüler:innen! Da wo besetzt und gestreikt wird, ist im nächsten Moment die Bullerei in Kampfausrüstung da und versucht das mit aller Kraft zu verhindern!

„Wir sind um sechs Uhr morgens angekommen, und jedes Mal, wenn wir versucht haben, die Blockade aufzubauen, ist die Polizei eingeschritten. Sie sind auf uns losgegangen und haben uns herumgeschubst, aber wir haben eine Menschenkette gebildet, um standzuhalten.“ **Mila, Schülerin in Montpellier.**

Die besonders beschissenen Lebensumstände der ärmsten Teile der Arbeiter:innenklasse und ihrer Jugend sind eben nicht Fehler im System sondern klarer Ausdruck davon! An dem Punkt wo „Pöbel“ sich auflehnt und das nicht bloß mit leicht zu ignorierenden Petitionen und friedlicher Beteiligung an der bürgerlichen Demokratie, kommt der kapitalistische Staat um die Ecke und macht klar wer und welche Interessen hier zählen. Er duldet keine Form von Gegenmacht von unten. Nicht die Arbeiter:innen sollen bestimmen, sondern das Kapital! Und wir als Jugend sollen schon früh lernen, wie der Hase läuft, im Zweifelsfall mit Gewalt. Auch hier in Deutschland haben wir das immer wieder erfahren müssen, etwa bei Demonstrationen in Solidarität mit Palästina, der Klimabewegung oder auch auf dem jüngsten Schulstreik gegen die Wehrpflicht in Berlin.

Die Wut ist nicht neu!

Hier ist das Konzept der sogenannten Banlieues ganz bedeutend! Auch hier gäb es so viel darüber zu erzählen, aber kurzgesagt:
Sie waren v.a. nach dem zweiten Weltkrieg errichtete Stadtviertel für das französische Industriekapital. Hier sammelten sich Arbeiter:innen aus den

ehemaligen Kolonien und einfache Fabrikarbeiter:innen aus dem ganzen Land in schnell hochgezogenen Siedlungen. Seitdem die Fabrikarbeit ab den 70er Jahren durch Verlagerung ins Ausland (v.a. Halbkolonien) deutlich gesunken ist, fielen viele der Bewohner:innen in Perspektivlosigkeit. Ähnliches kennen wir aus vielen ostdeutschen Städten oder dem Ruhrgebiet.

Es entwickelte sich hohe Arbeitslosigkeit und massive soziale Ausgrenzung, insbesondere migrantisierte Menschen wurden in die Banlieus gedrängt. Die Menschen hier sollten jetzt für einen Hungerlohn den Billiglohnsektor, v.a. in den nahen Großstädten, auffüllen und bitte dabei ihren Mund halten.

Was jetzt noch der Sargnagel für die Menschen vor Ort ist, ist die Sparpolitik, die natürlich auch in Frankreich mit der Militarisierung Hand in Hand geht. Allein was die Regierung unter Sebastian Lecornu am 1. Oktober 2026 vorgestellt hatte ist zum Kotzen! In dem 54 Milliarden Kürzungspaket finden sich massiver Stellenabbau im öffentlichen Dienst, 2,5 Mrd. für den Arbeitsmarkt, 4 Mrd. für die Rente, strengere Begrenzungen bei Krankengeld und Entschädigung bei Arbeitsunfällen. Eine verpflichtende Studiengebühr von 270 Euro war ebenfalls vorgesehen, wurde aber bereits zurückgenommen. Und wohlgemerkt, das sind die Pläne die obendrauf auf vorherige Kürzungen und die bereits zuvor fatale Lage im Moment!

Frankreich ist ein Land was sich damit brüsten darf auch mal auf den Putz zu hauen, wenn der Staat scheiße abzieht. Und so oft wie dort die Hütte brennt, denken wir an die Gelbwesten-Bewegung oder die Bewegung gegen die Rentenreform 2022, sieht man schon wie viele und regelmäßige Angriffe auf die Arbeiter:innen und Armen es dort immer wieder gibt.

Der Rassismus in Frankreich

Die Wut kommt aber eben auch aus der besonders starken Unterdrückung von POCs. Die „Tradition“ aus der Zeit französischer Kolonialverbrechen, PoCs in prekäre Jobs zu zwingen, sie aus der Gesellschaft und der restlichen Arbeiter:innenklasse zu isolieren und extremst zu überwachen, wird auch heute nahtlos fortgeführt! Rassismus ist sowohl in seiner Funktion für den französischen Staat und das Kapital essenziell, aber auch immer noch tief in

der Gesellschaft verankert, was auch mit dem aktuellen Rechtsruck immer weiter befeuert wird.

Zum einen sieht man das an den Banlieus, den Armutsvierteln, wo PoCs ohne Aufstiegschancen hingedrängt und in den letzten Jahrzehenten Eingewanderte direkt dorthin gesiedelt wurden. Von dort aus gibt es wenige Auswege, das System ist darauf ausgelegt, die Armut von Generation zu Generation weiter zu geben und Menschen weiterhin in den Billiglohnsektor zu zwingen. Was man an der schlechteren und unzugänglichen Bildung sieht, an den Schulen wo die Proteste ihren Ausgangspunkt nahmen.
Die Überwachung und Kriminalisierung der Banlieus ist stark ausgeprägt. Die Polizei steht an allen Ecken und Enden und kontrolliert und schikaniert v.a. migrantisierte Jugendliche Tag für Tag! Die Kontrollen merkt man auch an den Schulen.

Rund um Gymnasien werden für Hunderttausende Videoüberwachungssysteme angebracht und Polizeikontrollen auf dem Schulweg gehören zum Alltag. Hier wird pauschal jede PoC wie ein Krimineller behandelt. Für den Ausbau der Repressionsorgane hat der Staat Geld, aber für die Lösung der sozialen Probleme, die womöglich erst Jugendliche in die Kriminalität treibt, da ist nichts da!

„Wir führen diese Blockade durch, um unsere Unzufriedenheit mit dem Schulsystem zu zeigen. Die Regierung kümmert sich nur um unser Kopftuch, anstatt uns Lehrer in allen Fächern zur Verfügung zu stellen“ **Schülerin aus Sarcelles**.

Der Rassismus geht auch im Schulalltag weiter, seit 2004 existiert in Frankreich das Kopftuchverbot, auch für zu lange Röcke werden muslimische Schüler:innen bestraft. Antimuslimischer Rassismus in Reinform! Schüler:innen berichten von willkürlichen Bestrafungen in den Schulen mit vorgeschobenen Gründen, v.a. gegenüber rassistisch Unterdrückten. Ein weiteres Mittel dafür stellt das Handyverbot dar, welches es den Schulleitungen und Lehrkräften noch einfacher macht dem Rassismus freien Lauf zu lassen, denn dokumentiert werden kann dieser nicht! Erinnern wir uns an das Video aus der Ernst-Abbe-Schule in Neukölln, wo ein Lehrer einen

Schüler für das Zeigen einer Palästina Flagge schlägt. In Frankreich hätte dieses Video gar nicht entstehen können, nicht entstehen sollen.

Was kann die Jugend in Deutschland davon lernen?

Auch hier waren Jugendliche zur selben Zeit auf der Straße und sind in den Streik getreten, doch nicht bloß im kämpferischem in der allgemeinen Schüler:innenschaft sollte man sich eine Scheibe abschneiden! Auch wenn die Organisierung spontan war gibt es in Frankreich bereits landesweit Organisation in Strukturen der Gegenmacht von unten! Landesweit organisierte Schüler:innengewerkschaften. Das ist es, was wir auch in Deutschland (und Österreich) aufbauen müssen, um den Schulstreik voran zu bringen und auszuweiten! Bereits bestehende Schulgruppen müssen sich bundesweit vernetzen und auf regelmäßigen Deligiertentreffen darüber beraten, wie der Kampf weitergeführt und intensiviert werden kann! Und wir müssen wegkommen davon, Streik bloß zu verstehen als ein dem Unterricht fernbleiben und stattdessen demonstrieren. Das hat bereits die Fridays for Future Bewegung nicht zum Sieg geführt. Stattdessen müssen wir, wie unsere Genoss:innen in Frankreich, den Protest an die Schulen selber tragen! Mülltonnen mit denen wir die Einfahrt verbarrikadieren, und so den Schulbetrieb wirklich unmöglich machen, könnten, gibt es bei uns schließlich auch. Und der deutsche Staat wäre schnell in Bedrängnis, wenn wir sagen: Bundeswehr raus aus den Schulen, Wehrpflicht wieder abschaffen – Sonst findet kein Unterricht mehr statt!

Solidarität mit den Streikenden!

Vollste Solidarität mit unseren Klassengeschwistern in Frankreich! Ihr habt so viel Recht wie es nur geht mit euren Besetzungen und Streiks! Die Schule muss organisiert werden von uns selbst, von Räten aus Schüler:innen und Lehrer:innen! Was und wie wir lernen wollen ist unsere Sache! Und das Geld das wir dafür brauchen, das nehmen wir uns durch massive Besteuerung der Reichen und Konzerne, in Frankreich wie in Deutschland!

Letztendlich darf es aber nicht dabei bleiben, dass die Jugend in jedem Land ihr eigenes Ding fährt! Die Wurzel des Problems der Sparpolitik, der Militarisierung, des Rechtsrucks und des Rassismus ist egal wo die selbe, das imperialistische Weltsystem! V.a. in Europa gilt es den Kampf gemeinsam zu führen, gegen den EU-Imperialismus, seine Ambitionen, seine Kriege und seinen Militarismus. Der in Zeiten der Krise und im Kampf um die Neuaufteilung der Welt seine Lasten auf uns und auf all unsere Klassengeschwister in allen Nationen legt, insbesondere auf diejenigen in Halbkolonien! So sind die Bedingungen der Jugendlichen im „Francafrique", den noch immer wirtschaftlich abhängigen ehemaligen Kolonien Frankreichs, noch wesentlich beschissener als in Frankreich selbst! Die Jugend ist, genauso wie die Arbeiter:innenklasse, international, also müssen wir auch zur gemeinsamen Kraft werden und international kämpfen!

Wir fordern:

- Geld für unsere Bildung, statt für den Krieg – Wir wollen selbstbestimmt und komfortabel für unsere Zukunft lernen können, nicht dass unsere Zukunft im Schützengraben endet!
- Ob Deutschland oder Frankreich: Kampf dem Staat und seinen Repressionsorganen! Für eine Entwaffnung der Polizei und Ersetzung durch Selbstschutzorgane aus den Betrieben, Schulen und Nachbarschaften! Für die Sicherheit von Arbeiter:innenkiez und Banlieu sollten die Bewohner:innen selber sorgen – Keine staatlichen Schlägerbanden!
- Stoppt jeden Rassismus! Für volle Staatsbürger:innenrechte für alle, dort wo sie leben! Für selbstverwaltete Antidiskriminierungsstellen in Schulen, Hochschulen, Betrieben, etc.! Für Religionsfreiheit und gegen rassistisch motivierte Kleidungsvorschriften!
- Für ein massives Investitionsprogramm in Schulen, Universitäten, Jugendzentren und jegliche Infrastruktur, die für Arbeiter:innen, Jugendliche und sonstige Unterdrückte relevant ist! Insbesondere dort, wo es am meisten gebraucht wird, also in den Banlieus und sonstigen Arbeiter:innenvierteln! Finanziert durch Besteuerung der Reichen und Konzerne!

Verweigern reicht nicht – Jugend rebelliert.

von der REVOLUTION Leitung, 16. September, 3 Minuten Lesedauer

In 2 Wochen werden wir uns wieder die Straße nehmen und laut werden gegen die Wehrpflicht in dem vierten bundesweiten Schulstreik am 25. September. Wir rufen alle Schüler:innen auf gemeinsam den Unterricht niederzulegen, Mitschüler:innen zu überzeugen und sich die Straße zu nehmen. Wir rufen alle Jugendlichen auf sich ihnen anzuschließen, ob studierend, in Ausbildung, FSJ oder arbeitslos. Wir rufen darüber hinaus alle Lehrkräfte auf solidarisch zu sein und ihre Gewerkschaften aufzufordern ebenfalls in den Streik zu treten.

Unsere Bewegung hat es bisher geschafft viele Jugendliche auf die Straße zu ziehen, unseren Unmut auszudrücken und klarzumachen: die Jugend macht nicht mit. Währenddessen geht der Krieg gegen den Iran, die Besetzung und Zerstörung von Teilen des Libanons, die täglichen Morde und Vertreibung in Palästina weiter, mit direkter Unterstützung Deutschlands. Währenddessen will Volkswagen noch in weiteren Fabriken Waffen herstellen, werden Milliarden in die Bundeswehr und Rüstung investiert und probieren uns Jugendoffizierein der Schule anzuwerben. Unsere derzeitigen Anstrengungen sind wichtig, doch unsere Beteiligung an der Kriegsmaschine zu verweigern reicht nicht. Um diese Entwicklung von Militarisierung und Kriege zu verhindern, müssen wir darüber hinaus gehen, Widerstand organisieren und rebellieren. Das bedeutet Wege zu finden, wie wir unsere Bewegung zum Erfolg führen können.

Unsere Perspektive lautet:

Rebellion heißt Masse, lasst und die Bewegung ausweiten!

Um zu siegen, müssen wir den Widerstand in unseren Schulen auf eine neue Ebene heben. Wir müssen an den Schulen nicht nur Komitees aufbauen, welche Schüler:innen auf die Streiks bringen, sondern den politischen Kampf an der Schule organisieren. Wenn wir Komitees schaffen, welche lokal für Forderungen kämpfen, dabei alle Schüler:innen der Schule einbeziehen (z.B. durch Vollversammlungen) und zeigen, wie man diese durchsetzen kann – schaffen wir ein Fundament für unsere Bewegung. Dadurch können wir es ermöglichen, dass unsere Streiks wachsen und wir langfristig Erfolge erzielen.

Lehrer:innen, Arbeiter:innen: schließt euch uns an!

Um unsere Streiks wirkmächtiger zu machen, müssen wir es schaffen, dass die Schulen komplett stillstehen und bestenfalls unsere ganzen Städte. Das bedeutet, dass unsere Lehrkräfte ebenfalls in Streik gehen müssen. Das können wir aber nicht nur ihnen überlassen, wenn wir mit unseren Lehrkräften und ihrer Gewerkschaft diskutieren und öffentlich auffordern, können wir es schaffen Druck aufzubauen. Wir können sie dazu bringen uns zu unterstützen. Dafür müssen wir uns auch mit ihren Kämpfen solidarisch erklären, mit allen Sektoren wo gekürzt wird und mit dem Widerstand in Rüstungsunternehmen. Gemeinsam sind wir stärker, geeint können wir gewinnen!

Internationale Solidarität praktisch machen: am 20.11. streiken!

Letztendlich kann der Kampf gegen den Militarismus und Kriege nur international gewinnen. Deswegen rufen wir alle Streikkomitees in Deutschland auf am 20. November zu streiken, gemeinsam mit Jugendlichen aus ganz Europa, welche sich dem internationalen Jugendstreik gegen Krieg angeschlossen haben. Mit der Kraft unserer Geschwister aus anderen

Ländern und wenn wir dafür ordentlich mobilisieren können wir unseren Streik sogar vergrößern. Ein Aktionstag reicht nicht, für den internationalen Streik gegen den Krieg auch in Deutschland!

Denn die Wurzel für Militarisierung, Krieg und Genozid ist das imperialistische Weltsystem und der Kampf um die Neuaufteilung Welt unter dessen Großmächten. Das aufzusprengen, ist nur international möglich, durch eine grundlegende Umwälzung der herrschenden Ordnung. Kriege zu verhindern, heißt die Weltrevolution zu organisieren!

Aus den Schulen, militant, Jugend leistet Widerstand!

Die SDAJ und die Schulstreikbewegung: Eine solidarische Kritik

Von Joseph M., aus der REVOLUTION Zeitung Mai 2026, 9 Minuten Lesezeit

Wenn man in einem der vielen Schulstreikkomitees, die die beiden letzten Schulstreiks vorbereitet haben, aktiv war, hat man zumindest schon von ihr gehört: Die Sozialistische Deutsche Arbeiter:innen Jugend (SDAJ).

Die SDAJ ist die formal unabhängige Jugendorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und hat deutschlandweit eine bedeutende Rolle im Aufbau dieser Bewegung gespielt. Der Erfolg der letzten Schulstreiks kann auch dem Einsatz der Genoss:innen der SDAJ beim Aufbau der Komitees zugerechnet werden.

Soweit, so stabil. Uns als REVOLUTION, deren Hauptarbeitsfeld schon immer die Schularbeit, also der Aufbau von Gegenmacht an Schulen ist, sind während der Arbeit in den Komitees aber einige taktische Entscheidungen

aufgefallen, die wir als gefährlich für die Zukunft und die Ausrichtung der Bewegung sehen.

Echte Gegenmacht anstelle von zahnlosen Schüler:innenvertretungen

Eine Redflag (nicht im coolen, sozialistischen Sinn) ist für uns der Aufruf, sich ausschließlich oder überwiegend in den Schulgesetzmäßigen Schüler:innenvertretungen (SVs) zu organisieren. Die Organisierung von Schularbeit und Streikkomitees den SVs zu überlassen, in denen Schülis oft nur sitzen, weil sie eine Beliebtheitswahl gewonnen haben und keinen echten Einsatz zeigen, führt nicht zu Schlagkräftigkeit sondern zu Enttäuschung.

Die Arbeit findet dort in Gremien statt, wo sie dann oft auch stecken bleibt. Die Beschlüsse verenden am Desinteresse oder dem Widerstand der Schulleitung, von der die SVs abhängig sind. Die Arbeit findet hier an Orten statt, die Schüler:innen in die Struktur dieses Staates integrieren und zähmen wollen. Stattdessen sollten sich Schüler:innen in unabhängigen Schulgruppen organisieren. Wenn die Aktionen stark und die Mitglieder zahlreich sind, kann die Schulleitung diese nicht ignorieren, ob sie deren bürokratischen Vorgaben entspricht oder nicht. Der Aufbau von unabhängigen Schulgruppen kann darüber entscheiden, ob eine Klasse aufsteht und auf die Straße geht, oder ob sie sich den Drohungen der Lehrer:innen unterordnet. Eine unabhängige Gegenmacht an Schulen aufzubauen sollte eine zentrale Taktik der Bewegung sein, und sollte in den Treffen der Komitees vermittelt und unterstützt werden!

Das bedeutet nicht, dass SVs nicht auch genutzt werden können als eine politische Bühne, es ist jedoch fatal sich auf sie zu verlassen wenn man eine Schlagkräftige Bewegung an den Schulen aufbauen möchte. Tut man das kann man sich verbal noch so radikal (oder häufig nichteinmal das), dann betreibt man damit nichts weiter als reformistische Politik die eben nicht die Frage stellt wer an unserer Schule und darüber hinaus eigentlich das Sagen hat.

Wir sind nicht einfach nur gegen die Wehrpflicht…

…und die SDAJ, laut eigener Aussage, ja auch nicht. Wir kämpfen für eine sozialistische Revolution der Jugend und der Arbeiter:innenklasse.

Deswegen befremdet ein wenig, dass in den Komitee Treffen (auch in denen in den SDAJ Genoss:innen die faktische Leitung übernehmen) kaum Platz für weitere politische Diskussion gelassen wird, dass geforderte Diskussionen über Militarisierung und Kapitalismus zum Teil mit der Begründung abgeschmettert werden, dass wir ja niemanden abschrecken möchten, wir sozusagen massentauglich bleiben müssen.

Aber wenn wir als Masse etwas taugen wollen, müssen wir verstehen dass es nicht nur um "Wehrpflicht doof" geht, sondern, dass hinter der Wehrpflicht eine Militarisierung steht, dass hinter der Militarisierung Kürzungen stehen und dass das Ganze nach der Logik des Kapitals verläuft. Es ist Arbeit, diese Verbindungen verständlich aufzuzeigen, es braucht Zeit und Mühe. Aber das ist es auf jeden Fall Wert. Denn wie wir bei der letzten großen Schüler:innenbewegung in Deutschland, nämlich Fridays for Future (FFF) gesehen haben, hat unter anderem ein mangelndes Verständnis vom Zusammenhang Klimakrise und Kapitalismus dazu geführt, dass die Bewegung von einer bürgerlichen Partei wie den Grünen vereinnahmt werden konnte. Genau die Grünen, die jetzt selbst kriegstüchtig werden wollen, und zwar nicht gerade ökologisch.

Der Punkt ist, dass wir eben schon eine stärkere ideologische Schulung und Debatte brauchen und diese fördern und zulassen müssen. Dass wir uns trauen sollten, diese öffentlich zu kommunizieren. Wenn wir es schaffen, diese Verbindungen gut aufzuzeigen, am Thema Wehrpflicht ansetzen und von da aus weitermachen, kann die Bewegung sich gegen Vereinnahmungen oder entwaffnende Zugeständnisse der bürgerlichen Parteien wehren. Die antikapitalistische Position der SDAJ kann doch auch gerne mal in einem Input bei den Komitees erläutert werden, so wie unsere Schüler:innen es jetzt auch machen.
Die Aufgabe von revolutionären Orgas ist ja eben die Masse für ein

revolutionäres Programm zu gewinnen – wofür wären sie denn sonst da?

Tun wir das nicht bleibt das Bewusstsein der Bewegung dort stehen wo es aktuell steht: bei einer Ablehnung der Wehrpflicht. Es ist notwendig es nicht dabei zu belassen, zum einen weil man die Wehrpflicht gar nicht bekämpfen kann ohne auch gegen die ihr zugrundeliegende Militarisierung und den Kapitalismus zu kämpfen und zum anderen weil wir selbst wenn wir es schaffen sollten die Wehrpflicht zu schlagen als Jugend nicht unbedingt besser dastehen: Krise und Krieg bleiben im Kapitalismus allgegenwärtig und wir wollen nicht nur gegen einzelne Symptome davon kämpfen.

Dabei sollte auch das Ziel sein, reformistische Organisationen und Organisationen die keine Organisationen der Arbeiter:innenklasse sind, inhaltlich zu stellen und zu schlagen. Viele Teile der alteingesessenen Friedensbewegung, Gewerkschaftsjugenden, Jusos, oder die Solid usw. würden wir so einstufen. Als Organisation, die eine Revolution anstrebt, dürfen wir uns nicht deren Führungen unterordnen und uns von denjenigen, die an diesem System festhalten wollen einhegen lassen! Es gilt deren Basis inhaltlich von den Fehlern ihrer Führung zu überzeugen (die Taktik der Einheitsfront)!

Herausfordern anhand der Frage der Wehrpflicht kann man sie allerdings nicht wenn man sich in der Praxis an ihr reformistisches Programm anpasst, wie es Teile der Schulstreikbewegung tun, wenn sie Forderungen wie „Verhandeln statt schießen“ in der Abschlussresolution der Strategiekonferenz aufstellen. Nein eine breite Bewegung baut man nicht damit auf, dass man sich ideologisch den gemäßigten Teilen die vielleicht mit einem zusammenarbeiten könnten anpasst sondern in dem man offen und ehrlich dafür steht was man politisch erkämpfen möchte und praktisch anhand der Frage von Wehrpflicht und Krieg aufzeigt warum man denkt, dass das richtig so ist.

Habt also keine falsche Scheu, in einer Tagesordnung auch mal den Punkt Diskussion aufzunehmen, oder sich auch innerhalb der Bewegung solidarisch zu kritisieren, das hat nichts mit „Spalterei“ zu tun sondern mit politischer Klarheit und Ehrlichkeit.

Das Thema Tagesordnung (TO) und Anleitung sind hier übrigens nicht zu vernachlässigen. Die Komitee Leitungen sind oft Menschen (in Berlin nicht selten von der SDAJ), die strukturgebende Aufgaben wie das Erstellen der TOs, die Moderation und Redeleitung übernehmen und so die faktische Anleitung übernehmen, ohne demokratische Legitimation. Angesichts der oft stark schwankenden Anzahl der Schüler:innen und der sich wechselnden Gesichter ist das schon nachvollziehbar- wer würde es denn sonst machen? Aber mit der langsamen Stabilisierung der Komitees und der sich verfestigenden Strukturen, kommt die Frage nach einer Demokratie innerhalb der Bewegung auf. Nicht nur aus Prinzip, sondern auch weil die gewählten Ämter, die strukturgebende Aufgaben übernehmen, so auch rechenschaftspflichtig sein müssten, weil die Aufgabenteilung klarer kommuniziertwerden kann und durch eine Wahl mehr Vertrauen in die Komitees fließen kann, wenn die mitmachenden selbst bestimmen können. Sozusagen Effizienz durch Legitimation, wenn die Zeit dafür reif ist.

und Palästina?

Enttäuscht berichteten unsere Genoss:innen nach der Schulstreikkonferenz in Göttingen davon, dass Palästinasolidarität nicht mit in die Abschlussresolution der Konferenz aufgenommen wurde. Dabei ist der Zusammenhang auch hier nicht schwer aufzuzeigen. Zum Beispiel fährt der deutsche Staat im Rahmen der Militarisierung mit der Waffenproduktion auch den Waffenexport hoch, auch an Israel. Wehrpflicht und Völkermord sind so eng verbunden.

Und wieder das “wir schrecken damit Schüler:innen ab” Argument (das hier nicht unbedingt nur der SDAJ, sondern auch anderen zugerechnet wird). Die Palästina Bewegung schaffte es im letzten Jahr so viele Menschen auf die Straße zu bringen wie lange nicht in der BRD. Wir schrecken nicht ab, sondern können voneinander lernen und profitieren, zusammen wachsen und zusammenwachsen. Antiimperialismus geht nur mit Palästinasolidarität! Damit sollten wir in den Komitees und Veröffentlichungen auch umgehen. In Berlin meldete REVOLUTION deswegen auch einen internationalistischen Zubringer zum Schulstreik an. Unsere Schüler:innen müssen sich bewusst

sein, dass für Deutschland zu kämpfen heißt, für einen Staat zu sterben der einen Genozid unterstützt.

Aber auch generell der Verzicht oder der selektive Rückgriff auf Antiimperialismus ist ein grober Fehler. Das imperialistische Weltsystem und die aktuelle Neuaufteilung der Welt unter v.a. zwei großen imperialistischen Blöcken ist die Grundlage, aus der Militarisierung und Wehrpflicht entstehen. Um unseren Kampf effektiv zu führen, müssen wir auch darüber reden, für was wir kämpfen und was überwunden gehört, um zu gewinnen. Wenn er nur auf ein Land beschränkt ist, kann so ein Kampf langfristig nicht gewonnen werden.

Wir haben hier zum Teil andere Positionen als die SDAJ. Zum Beispiel lehnen wir die 2-Staaten Lösung mit Palästina/Israel als illusorisch ab. Außerdem haben wir unterschiedliche Positionen zu Russland und China, die wir, anders als SDAJ und DKP, beide mittlerweile als klar imperialistisch einstufen und dementsprechend behandeln.

Und auch bei der Wehrpflicht selbst sagen wir: Wenn sie als Zwang kommt, verweigern wir nicht: Wir machen revolutionäre Arbeit in der Jugend, und wenn der allergrößte Teil der Jugend in der Armee ist, dann machen wir auch unsere Revolutionäre Arbeit in der Armee, in etwas anderer Form. Warum wir das tun schreiben wir an anderer Stelle in dieser Zeitung.

Es gibt viele Punkte, in denen unsere Programme sich unterscheiden.

Solidarisch…

…sind wir trotzdem. Natürlich haben nicht alle mit organisierenden Orgas die gleichen Positionen (schön wär’s). Und um die Bewegung stärker antikapitalistisch zu politisieren, um SV unabhängig Schulgruppen aufzubauen und bei den nächsten Schulstreiks stärker und gefestigter zu sein, müssen wir uns nur ein bisschen mehr trauen. Mehr Sozialismus, mehr Palästina Solidarität, mehr unabhängige Strukturen, mehr Klassenbildung. Weil es nur so klappen kann (und nicht wie FFF enden soll). Um das zu tun müssen wir darüber allerdings auch offen Diskutieren, gerade in den

Basisorganisationen und Schulstreikkomitees der Bewegung! Denn es ist keine Abstrakte Debatte zwischen einzelnen Organisationen wer am meisten Recht hat, sondern eine Debatte über Grundsatzfragen einer Bewegung die wir alle siegen sehen wollen! Wenn wir das ernst meinen und diese Bewegung ernst nehmen wollen, dann müssen wir die Debatte suchen und uns damit auseinandersetzen wie wir siegen können und v.a. was das eigentlich heißt. Die Artikel in dieser Zeitung sind einige Diskussionsvorschläge von uns.

Wir legen der SDAJ hiermit unsere begründeten taktischen Überlegungen ans Herz, schätzen ausdrücklich ihre Arbeit beim Aufbau dieser Bewegung Wert und hoffen auf stabile revolutionäre Zusammenarbeit, samt konstruktiver Diskussion.

Schularbeit in München

von REVO München, aus der REVOLUTION Zeitung Mai 2026, 1 Minute Lesezeit

In München haben wir im Zuge des Schulstreiks gegen die Wehrpflicht an drei Schulen gearbeitet! An der Montessori FOS gab es mehrere Treffen, um das Thema Militarisierung und Aufrüstung mit der Schüler_Innenschaft zu diskutieren. Dabei haben wir geflyert und einige Schüler:innen zum streiken gegen den Kriegskurs der BRD gebracht.

Am ASAM Gymnasium sind wir dabei, gemeinsam mit dem Schulstreikbündnis und der SDAJ eine unabhängige Schüler:Innengruppe aufzubauen, wobei es Infostände und gemeinsames Bannermalen in der Schule vor dem Schulstreik gab.

Am Theodolinden Gymnasium (TLG) haben wir gemeinsam mit der Aktionsgruppe TLG einige kreativ Aktionen durchgeführt! Die gesamte

Schule wurde mit eigenen Plakatenbeklebt, welche die ganze Schule über den wirklichen Charakter dieser Aufrüstung und den Imperialismus der von diesem Staat ausgeht informiert und dagegen agitiert. Die Mensa wurde mit brennenden, gebastelten Panzern dekoriert und zugeflyert. Ein Bannerdropp vor dem Streik konnte leider erfolgreich von der Schulleitung verhindert werden, aber wir bleiben kämpferisch und wollen am Streik am 08.05. noch mehr werden!

Außerdem haben wir gemeinsam mit dem Schulstreikbündnis an Schulen, die von Jugendoffizieren besucht wurden, gegen diese mit Flyeraktionen und Infoständen agitiert.

Bundeswehr raus aus unseren Schulen! Nieder mit Wehrpflicht, Militarisierung und dem deutschen Imperialismus!

Warum wir den Dienst an der Waffe nicht verweigern dürfen!

von Fridolin Flattermann, aus REVOLUTION Zeitung Mai 2026, 5 Minuten Lesezeit

22 Sekunden – so lange dauerte es, bis der Bundesrat trotz unserer Proteste das neue Wehrdienstgesetz bestätigte: Briefe an alle kurz nach dem 18. Geburtstag, verpflichtende Musterung für Männer (bzw. Menschen mit männlichem Geschlechtseintrag) ab 2008, Wehrpflicht wenn „der Bedarf“ nicht gedeckt wird. Alle Weichen stehen Richtung Aufrüstung und Militarisierung. Und auch wenn der Kampf gegen die Wehrpflicht noch nicht verloren ist und die Artikel dieser Zeitung eine Perspektive bieten, wie wir den Kampf für uns entscheiden können, müssen wir uns auf die Frage vorbereiten, welche Rolle wir als Revolutionäre im Falle einer Wehrpflicht einnehmen wollen. Die Antwort in breiten Teilen der bürgerlichen Linken

wäre vermutlich der Ersatzdienst ohne Waffe. Doch diese Argumentation kommt schnell an ihre Grenzen.

Das Recht zu verweigern?

Schon Ende der 60er Jahre formulierten CDU und Co. eine Lösung für die moralischen Bedenken junger Menschen, die den Wehrdienst verweigern wollten. Ziel war es, den Ersatzdienst abzuwerten und Kriegsdienstverweigerer z.B. als Versorger an der Front oder durch die Arbeit im Entschärfungskommando in die Bundeswehr einzugliedern – nur halt ohne Waffe, um den gesetzlichen Ansprüchen gerecht zu werden. Und auch der Bundesgerichtshof deutete Anfang 2025 ohne politische „Dringlichkeit" bereits an, dass im „Kriegsfall" das Recht, den Dienst an der Waffe zu verweigern, untergeordnet und Verweigerer an die Front gezwungen werden könnten.

Die Möglichkeit zu verweigern ist also nicht viel mehr als eine Farce. Ein Deckmantel, um bei der Frage einer neuen Wehrpflicht temporär eine Entscheidungsmöglichkeit und einen Ausweg zu suggerieren. So sollen wir uns in Sicherheit wiegen, dass wir uns persönlich dem Wehrdienst entziehen könnten, damit wir uns nicht gemeinsam gegen den Krieg organisieren.

Bei vielen Jugendlichen hat das nicht gewirkt. Wir haben uns trotzdem zusammengetan und bei den Schulstreiks die Straße genommen. Doch auch in der Bewegung, ist die Perspektive der Verweigerung weit verbreitet. Dabei ist der einzige Ausweg der politische und organisierte Kampf gegen die Herrschenden und ein System, das Kriege überhaupt erst hervorbringt.

Gründe gegen Kriegsdienstverweigerung

Das Militär erfüllt in Ländern unterschiedliche Zwecke. Gilt es einerseits die imperialistischen Interessen nach Außen (u. A. durch gezielte Angriffe) zu verteidigen, wird die Bundeswehr nicht zuletzt auch als Werkzeug zur Bekämpfung linker Organisierung eingesetzt, um die imperialistische Hegemonie auch nach innen zu verteidigen. Die Aufrüstung passiert also nicht nur, um die imperialistischen Interessen Deutschlands nach Außen zu

verteidigen, sondern vor allem auch im Inland mit dem Ziel Widerstand gegen diese Politik unterdrücken zu können.

So wurden zuletzt bei Militärübungen wie „Red Storm Bravo“ in Hamburg oder „Bollwerk Bärlin III“ der Einsatz im urbanen Raum (z.B. U-Bahnhaltestellen in Berlin) und vor allem explizit auch der Umgang mit kriegskritischen Stimmen und Demonstrationen trainiert. Die Bundeswehr ist damit ein zentrales Element der Klassenherrschaft und Unterdrückung, das es herauszufordern und auch von innen zu zersetzen gilt.

Indem wir den Dienst in der Bundeswehr pauschal verweigern, würden wir uns nicht nur aktiv einem notwendigen Agitationsfeld entziehen. Also einer Chance Jugendliche und Arbeiter:innen, welche dem Horror des Militärs direkt ausgesetzt sind von dem Kampf gegen dieses zu überzeugen. Wir liefern dem Staat darüber hinaus auch Listen von kriegskritischen Jugendlichen, die im Zweifelsfall eine zentrale Rolle im Aufbau von Kriegsprotesten spielen könnten.

So sagte Karl Liebknecht schon im August 1907 auf der ersten internationalen Konferenz der sozialistischen Jugendorganisation: „Die leider vielfach betriebene Agitation zur Nichtgestellung der einberufenen Mannschaften [Anmk.: also Verweigerung der Wehrpflicht] ist leider der denkbar größte taktische Fehler. Dadurch werden ja gerade die für den Militarismus unzuverlässigen Elemente [Anmk: also linke Jugendliche], die zur Desorganisation beitragen, von der Armee ferngehalten, wodurch deren Gefährlichkeit vermehrt wird.“ (Nach Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 2, S. 43-63)

Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft

Sollte die Wehrpflicht flächendeckend eingeführt werden, reicht es also nicht aus, den Dienst an der Waffe nur zu verweigern. Wir dürfen den Zustand des Krieges nicht einfach akzeptieren, ihn hinnehmen und uns „moralisch“ davon abgrenzen. Unser Kampf gegen den Krieg muss immer darauf abzielen, seine Wurzeln, den Kapitalismus zu überwinden und unser Schicksal als Jugend und Arbeiter:innenklasse selbstbestimmt zu ergreifen. Denn Kriege

geschehen nicht einfach. Sie sind wie ein unverzichtbarer Teil der imperialistischen Weltordnung. Eine Strategie der Herrschenden, um sich neue Märkte zu erkämpfen, den eigenen Einfluss militärisch gegen andere Länder durchzusetzen oder das Problem von Überproduktion rückschrittlich, durch massive Zerstörung zu lösen.

Gleichzeitig müssen wir auch verstehen: Der Zugang zu militärischer Ausbildung und Waffen kann für uns nützlich sein. Denn was es braucht, ist kein Militär mit linkem Anstrich. Die notwendige Perspektive sind Organe zur Selbstverteidigung von Arbeiter:innen, Jugendlichen und Unterdrückten – von lokalen Strukturen bis hin zu Milizen. Diese müssen in Betrieben, Schulen, Unis und Stadtteilen gebildet und demokratisch aufgebaut werden.

Doch sie brauchen auch Erfahrung in militärischer Verteidigung. Denn Polizei und Militär greifen nur zu gerne Demos, Besetzungen und Streiks an, wenn diese zu gefährlich für die Herrschenden werden. Während wir gleichzeitig immer mehr Angriffe von Nazis und Bullen gegen Unterdrückte und Linke sehen. Dagegen müssen wir uns verteidigen können. Da wir als Revolutionär:innen diese Ausbildung aber nicht in einem notwendigen Maße selbst organisieren könnten, müssen wir uns Wissen über Umgang, Vorgehen, Taktiken usw. auch in der bürgerlichen Armee holen.

Wie intervenieren wir in der Bundeswehr?

Unsere Rolle in der Bundeswehr ist zweigeteilt: Einerseits müssen wir anderen Jugendlichen aufzeigen, wie die Herrschenden uns an der Front verheizen wollen, andererseits müssen wir konkrete Möglichkeiten aufwerfen, uns selbst in Komitees und Räten zu organisieren und den Krieg aktiv zu sabotieren.

All das ist dabei keine individuelle Entscheidung, bei der wir als Jugendliche vereinzelt in die Bundeswehr eintreten. Die starke Repression gegen die Schulstreikbewegung oder Schüler:innen, die gegen Bundeswehrauftritte protestieren, zeigen, wie sensibel und verwundbar die Bundeswehr auf Widerstand reagiert.

Es braucht also Kampforgane in denen wir uns massenhaft zusammentun und gemeinsam darüber entscheiden, wie wir den Kampf im Militär führen und durch gezielte Streiks und Demonstrationen zuspitzen können.

Wir müssen uns vom bürgerlichen Pazifismus lösen und den Kriegskurs der Herrschenden bekämpfen – auf der Straße, in der Schule und nicht zuletzt auch in der Bundeswehr. Denn zentral ist und bleibt es, die Waffen zu erheben und im entscheidenden Moment gegen die Herrschenden zu richten – durch massenhafte Befehlsverweigerung und die internationale Organisierung als Arbeiter:innenklasse. Um den Weg frei zu machen für eine Gesellschaft ohne Kriege: den Sozialismus.

Wie kämpfen wir gegen die Wehrpflicht?

von Brokkoli Bittner, aus der REVOLUTION Zeitung von Mai 2026, 7 Minuten Lesezeit

Panzer auf Zügen in Mecklenburg-Vorpommern. Bundeswehrsoldaten aufm Ku'damm. Kampfjets am Himmel Sachsens. Bundestag bereitet Wehrpflicht vor. Deutschland rüstet auf. Diese Aufrüstung heißt für uns Jugendliche einen Frontalangriff. Länger als 3 Monate ins Ausland? Nur mit Erlaubnis der Bundeswehr. Nach der Schule nochmal für die Bundeswehr andere Jugendliche töten. In der Schule nicht mehr versuchen, Physik zu verstehen, sondern von Jugendoffizieren genervt werden. Und wenn dann selbst der Döner in Bundeswehr-Werbung eingepackt ist, wundert es nicht, dass 55.000 Jugendliche am 5. März zum zweiten Mal gegen die Wehrpflicht auf der Straße waren.

Dass all das jetzt passiert, ist kein Zufall. Aufrüstung ist nicht das Ergebnis von Merz' schlechtem Geschichtsunterricht. Sie ist im Kapitalismus

notwendig, denn Kapitalist:innen müssen, um ihre Konkurrenz zu schlagen, ständig neue Märkte erobern. Wenn die nationale Konkurrenz verdrängt ist und sich Monopole bilden, geht der Kampf um Märkte auf internationaler Ebene weiter. Und die Staaten setzten hier das Interesse der nationalen Monopole um. Märkte werden aber nicht mit einer Runde Schere, Stein, Papier aufgeteilt, sondern mit blanker Gewalt und Krieg. Doch selbst wenn jeder Zentimeter Land unter den Kapitalisten aufgeteilt ist, gibt es keine Ruhe. Denn andauernd wird um die Gebiete gekämpft und es kommt zu einer Neuaufteilung der Welt. Aufrüstung ist die Konsequenz aus dem Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Denn wenn der wirtschaftliche Wettkampf nicht mehr ausreicht, muss der Markt durch rohe Gewalt erobert werden.

Der deutsche Imperialismus befindet sich in einer Krise. Bis zum Ausbruch des Ukrainekriegs hat der deutsche Imperialismus davon profitiert, sich zwischen Russland und den USA aufzuhalten. Billiges Gas aus Russland kaufen, aber mit den USA in der NATO sein, um sich gegen Russland zu verteidigen. Als der Ukrainekrieg ausbrach und sich die Blockbildung verschärfte, kappte Deutschland Verbindungen zu Russland und positionierte sich klar im westlichen Block. Das Pendeln, wovon der deutsche Imperialismus profitierte, war nicht mehr möglich. Deutschland als Exportnation erlebte auch einen großen Verlust durch Trumps Zollpolitik. Und die schwächelnde Autoindustrie hilft Deutschland nicht bei einer Stabilisierung. Deutschlands wirtschaftliche stärke reicht nicht mehr, um die eigenen Einflussgebiete zu verteidigen. Was also folgt, ist die Militarisierung, die wir jetzt erleben. Sie ist Ausdruck der Krise des deutschen Imperialismus.

Wenn wir also die Wehrpflicht verhindern wollen, müssen wir auch gegen Kapitalismus kämpfen. Denn wie oben erklärt muss im Kapitalismus immer aufgerüstet werden. Doch nur abstrakt zu betonen, dass die Aufrüstung aus dem Kapitalismus kommt, bringt uns auch nichts. Wir müssen diesen Zusammenhang konkret in unseren Kampf einfließen lassen. Indem wir zum Beispiel den DGB auffordern, gemeinsam mit uns Schüler:innen gegen die Wehrpflicht zu streiken. Denn es sind die VW-Chefetage, die Rheinmetall-Bosse und Lidl-Erben, die an unserem Sterben verdienen. Wir müssen also diese angreifen, um die Wehrpflicht zu verhindern. Dieser Angriff muss ein

Streik des DGB gegen ihre Kriege sein. Denn auch die Arbeiter:innen im DGB haben kein Interesse daran, dass Deutschlands Interessen mit Gewalt und Mord in der Welt durchgesetzt werden. Die Verbindung unseres Streiks ist notwendig, um die Wehrpflicht zu stoppen. Für die Arbeiter:innen in Deutschland wird die Aufrüstung auch in ihrem Arbeitsalltag sichtbarer, wenn Straßenbahnfahrer:innen Bundeswehrwerbung durch die Stadt kutschieren und bei VW Panzer statt Autos produziert werden sollen. Die Bildung und Produktion werden so langsam auf Aufrüstung umgestellt. Wir sagen: Wir wollen selbst über unsere Bildung und über das, was wir produzieren, entscheiden!

Dass Deutschland seine Interessen mit Gewalt durchsetzt, ist nichts Abstraktes und passiert schon jetzt täglich. Wenn Bomben in der Welt fallen, steigt der DAX. Deutschland schützt aber auch mit der Unterstützung von Kriegen seine Einflussgebiete. Wenn Deutschland den Genozid in Gaza unterstützt dann geht es auch darum Israel als Vertreter deutscher Interessen vor Ort zu halten.

Wir müssen den Kampf gegen die Wehrpflicht und Krieg als eine internationale Sache verstehen. Denn der Genozid in Gaza zeigt uns jetzt schon, was deutsche Hochrüstung bedeutet. Die Bundeswehr arbeitet aktiv mit der IDF zusammen. Man will voneinander lernen, heißt es. Für uns ist klar, was das bedeutet: Die Bundeswehr beteiligt sich am Völkermord. Wir müssen uns mit den unterdrückten Völkern auf dieser Welt solidarisieren, auf die wir gezwungen werden sollen, unsere Waffe zu richten. Denn sie versuchen, uns mit Rassismus und Kriegspropaganda klarzumachen, dass wir Jugendlichen gegeneinander kämpfen sollen. Doch uns ist klar: Die Jugend muss international zusammenhalten gegen ihre Kriege. Auch weil das System, das für diese Kriege sorgt, ein internationales ist. Für uns heißt das: nicht nur die Bundeswehr soll nicht an unsere Schulen, wir wollen dort auch keine israelischen Botschafter oder andere zionistische Propaganda. Das Schulstreik gegen die Wehrpflicht Bündnis muss sich klar gegen den Genozid in Gaza positionieren. Denn Krieg kann man nur international bekämpfen. Viele unserer Mitschüler:innen waren schon gegen den Genozid in Gaza auf der Straße. Auch ihnen müssen wir klar machen: Krieg beginnt hier. Wer

gegen den Genozid in Gaza ist, muss gegen die deutsche Hochrüstung sein. Wer gegen die deutsche Hochrüstung ist, muss gegen den Genozid in Gaza sein. Deshalb fordern wir die Schulstreikbewegung auf, an dem Tag, wo die Global Sumud Flotilla angegriffen wird, zu streiken. Die Flotilla ist eins der größten jnternationalen Projekte um Israels Blockade von Hilfsgütern zu brechen. Schon bei den vergangenen Versuchen, die Blockade zu brechen, wurde sie immer wieder abgefangen. Als Internationalisten müssen wir uns solidarisch mit der Flotilla zeigen.

In der Bewegung gegen die Wehrpflicht sind auch die Rufe nach Pazifismus laut. Das sehen wir auch in der Abschlussresolution vom Schulstreik gegen die Wehrpflicht Bündnis. Dort wird „Verhandeln statt Schießen“ gefordert. Eine Forderung, die so tut, als würde es der Jugend etwas nützen, wenn die Herrschenden sich austauschen. Doch wir Jugendlichen merken Täglich, dass die Herrschenden nicht in unserem Interesse handeln, und das werden sie auch nicht, wenn sie mit anderen verhandeln. Wir dürfen auch nicht bei einer abstrakten Gewaltfreiheit stehenbleiben, nur weil wir für Frieden sind. Denn wir merken jetzt schon, wie der Staat gewaltsam unsere Bewegung angreift. Wenn wir verhaftet werden für „Merz Leck Eier“ (wann jetzt eigentlich) Schilder. Das ist nur der Beginn ihrer Repressionen. Gegen die wir uns organisieren müssen. Und dabei dürfen wir nicht Gewalt ausschließen. Auch international merken wir, dass Pazifismus keine Strategie für den Frieden sein kann. Denn Jugendliche in Gaza müssen das Recht haben, militanten Widerstand zu leisten, und wir müssen uns hier mit ihnen solidarisieren. Statt Verhandlungen müssen wir Krieg dem Krieg fordern und für den Aufbau von Arbeiter:innenmilizen kämpfen. Denn diese können uns tatsächlich verteidigen gegen Gewalt vom Staat, militanten Nazis und der Polizei.

Gegenmacht aufbauen

Wenn wir über Schulstreiks reden, müssen wir auch über die Organisierung vor Ort reden. Denn das ist eine der wichtigsten Sachen zur Mobilisierung aus Schulen. Es geht nicht nur darum, einfach Flyer vor der Schule zu verteilen, sondern Gegenmacht zu Organisieren. Gegenmacht heißt für uns,

wenn Schüler:innen die Macht an der Schule in Frage stellen und sich diese durch Selbstorganisierung zurückholen. Konkret heißt das, nicht die Macht der Lehrkräfte über Unterrichtsplanung hinzunehmen, sondern selbst zu entscheiden, worüber man unterrichtet werden will, zum Beispiel antimilitaristische Unterrichtsstunden. Doch Gegenmacht ist nicht einfach da, sie muss geschaffen werden. Das tun wir, indem wir die Probleme vor Ort aufgreifen und mit unserem Streik verbinden. Also zum Beispiel konkrete Auswirkungen der Aufrüstung skandalisieren. Und das mit er Frage zu verknüpfen: Wem gehört eigentlich die Schule? Wer entscheidet, wer in unsere Schulen darf, und warum entscheiden wir Schüler:innen das nicht selbst? Es muss die Aufgabe der lokalen Streikkomitees sein, sich gezielt Schulen in der eigenen Stadt rauszusuchen, wo man diese Fragen aufwerfen will. Das Ziel muss sein, an jeder Schule einzelne Streikkomitees aufzubauen. Die Probleme vor Ort sichtbar machen, sie ins aktuelle Weltgeschehen einordnen und lokale Lösungen vorschlagen. Diese Komitees halten auch Schüler:innen zwischen den Streiks aktiv, denn zur Schule muss man ja eh. Dadurch werden unsere Mitschüler:innen nicht so schnell Demoralisiert. Weil sie merken, dass wenn zwar die Politiker:innen nichts tun, sie trotzdem an ihrer Schule was verändern können.

Wir fordern das Schulstreikbündnis auf:

– Die imperialistischen Angriffe auf den Iran zu verurteilen und den Kampf gegen die Aufrüstung international zu führen! Solidarität mit dem Widerstand in Palästina und Libanon!

– Auf der Nakba-Demo in Hamburg einen Schüler:innenblock zu organisieren und bundesweit zum Aktionscamp und zur Demo anzureisen!

– Am Tag, wo die Flotilla angegriffen wird, bundesweit Schulstreiks zu organisieren!

– den DGB aufzurufen, sich an den Streiks zu beteiligen!

– An jeder Schule Schulstreikkomitees aufzubauen, die für Veränderung vor Ort und den Aufbau von Gegenmacht kämpfen!

Von Schulstreiks zur Bewegung

Von Brokkoli Bittner und Ener Zink, Lesezeit 7 Minuten

Am 5. Dezember gingen über 55.000 Schüler:innen auf die Straße, um gegen die Wehrpflicht zu streiken. Trotzdem beschloss der Bundestag ein Gesetz, das die Wiedereinführung der Wehrpflicht vorbereitet.

Dies ist ein Frontalangriff auf alle Jugendlichen in diesem Land. Denn nun soll die Jugend für deutsche Kapitalinteressen verheizt werden. Wir müssen uns also damit beschäftigen, wie wir es schaffen die Wehrpflicht zu stoppen.

Was ist überhaupt eine Bewegung?

Das kapitalistische System ist von Widersprüchen durchzogen. Zum Beispiel der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, das Klima zu schützten, und den Profitinteressen der Herrschenden.

Diese Widersprüche scheinen die meiste Zeit als natürlich und unumstößlich.

Besonders in Krisen kommt es jedoch dazu, dass diese Widersprüche nicht mehr zu ignorieren sind, da sie dann besonders deutlich spürbar sind. Gerade dann kommt es zu spontanen Bewegungen, wie etwa Fridays for Future in 2019.

Diese Bewegungen sind notwendig, um überhaupt Veränderung zu schaffen. Nur so gelingt es, Massen zu mobilisieren.

Dennoch: eine spontane Bewegung kann nur dann wirklich Erfolg haben, wenn sie tatsächliche, beständige Strukturen des Widerstands aufbaut. Wie das aussehen kann, versuchen wir in diesem Artikel zu beschreiben.

Verankerung an Schulen aufbauen

Dass der Kampf gegen die Wehrpflicht hauptsächlich an Schulen stattfindet, ist wichtig. Wir Schüler:innen sind als Erstes von der Wehrpflicht betroffen. Es reicht nicht, alle 3 Monate aus der Schule zum Streik zu gehen. Der Kampf gegen die Wehrpflicht muss dort beginnen, wo wir sind, und das ist an der Schule. Bisher wurden vereinzelt auf regionaler Ebene Streikkomitees aufgebaut. Der Aufbau dieser Komitees muss ausgeweitet werden, sodass es an jeder Schule ein Streikkomitee gibt. Dort muss die Aktivität beginnen, denn es ist in unserem Schulalltag, in dem wir mit anderen aus unserer Schule ins Gespräch kommen. In unserem Unterricht wird begonnen, uns Militärpropaganda in den Kopf zu setzen. Genau dort muss unser Widerstand beginnen. Das bedeutet lokal, die Militär Propaganda einzuschränken, zum Beispiel durch ein Hausverbot für die Bundeswehr oder antimilitaristischen Unterrichtsstunden, die wir selbstgestalten wollen.

Die Komitees müssen diesen Widerstand an den Schulen sichtbar machen und einen Kampf darum führen. Sie dürfen nicht dabei stehenbleibe,n nur in irgendwelchen Gremien Sachen zu beschließen, wie es bei Schüler:innenvetretungen der Fall ist. Denn in den meisten Fällen werden diese Beschlüsse von der Schulleitung aufgeschoben, erschwert oder ganz verhindert.

Gleichzeitig kommen wir durch Beschlüsse in der SV weniger ins Gespräch mit unseren Mitschüler:innen, als es uns durch direkte Aktionen gegen die Bundeswehr in der Schule gelingt.

Das ist besonders wichtig, weil gemeinsame Aktivität einer der besten Mobilisierungsmittel zu dem Streik sind.

Die Motivation, die dann nach diesem Streik entstanden ist, können wir nutzen, um reale Veränderung vor Ort zu schaffen. So wird Streiken nicht als etwas wahrgenommen, zu dem man halt ab und zu mal so hingeht, sondern als Teil mehrerer Aktionen und eines Kampfes, den wir an unserer Schule führen.

Wenn Streikkomitees gebildet werden, können diese dann auch, sobald die Schulleitung gegen einen Beschluss verstößt, tatsächlich dagegen vorgehen. Immerhin wissen sie, wie man an der Schule einen Kampf führt. Sie dienen also gleichzeitig auch als Kontrollorgan, während SVen meist bei super seltenen Treffen und bürokratischen Konzepten, in die sich gar nicht jeder einbringen kann, verharren.

Schließlich ist die Schule auch der Ort, an dem wir auf die kapitalistische Gesellschaft vorbereitet werden. Direkt bringt man uns bei, wie normal Krieg sei, dass es sich lohne Deutschland zu verteidigen und im Notfall auch für Deutschland zu sterben.

Genau dort müssen wir ansetzen und für eine Schule einstehen, die sich gegen ihre Kriege richtet und das Allen von klein auf mitgibt. Streikkomitees können hier als Struktur dienen, die Veränderungen im Lehrplan durchsetzt und so tatsächlich eine Schule für SchülerInnen schafft.

Auch SVen sind Teil dieser Erziehung, im Sinne des kapitalistischen Systems. Sie sollen uns darauf vorbereiten, wie bürgerliche Demokratie aussieht. Ein Aushandeln von Kompromissen, bei dem am Ende nix passiert, weil die Schulleitung keinen Bock hat. SVen geben zwar den Anschein von mehr Mitbestimmung, schaffen diese aber nicht.

Der Aufbau von Streikkomitee an Schulen hingegen ist tatsächlich ein Weg hin zu mehr Mitsprache von Schüler:innen. Uns wird nicht zugehört und die einzige Wahl die wir durch-führen ist die ob wir Mensa-Essen A oder B wollen.

Wenn wir kämpfen, sind Schulleitung und Co. gezwungen uns zuzuhören. Die Streikkomitees an Schulen müssen der Ort sein, der diesen Kampf organisiert.

Ausweitung auf Arbeiter:innenklasse

Für einen erfolgreichen Streich reicht es nicht nur, wenn wir Schüler:innen streiken. Das Wichtigste für die herrschende Klasse sind ihre Profite. Doch

ein Streik allein von uns Schüler:innen lässt diese meist kurzfristig unangetastet, da wir in der Schule keinen direkten Profit für die Herrschenden schaffen. Die Profite werden durch die Ausbeutung der Arbeiter:innen geschaffen, weswegen es wichtig ist, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Nur ihre Streiks sorgen für sofortiges Einbußen der Profite.

Auch sind es vor allem ihre Kinder, die nun eingezogen werden sollen. Ein nicht geringer Teil der Jugendliche, die von der Wehrpflicht betroffen sind, macht eine Ausbildung. Sie können durch einen gewerkschaftlichen Streik klar machen, dass sie nicht eingezogen werden wollen.

Die Kriege, für die nun aufgerüstet wird, sind nicht im Interesse der Arbeiter:innenklasse, denn von diesen Kriegen profitieren nur die Herrschenden, die an jeder produzierten Kugel mitverdienen, die jeden zusammengenagelten Sarg verkaufen, die mit Kriegen ihre Einflusssphären sichern und die selbst nicht in den Krieg müssen.

Deswegen muss der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) die Streiks gegen die Wehrpflicht unterstützen. Und dafür muss das Recht auf Politische Streiks erkämpft werden. Auch müssen Streiktage von Tarifverhandlungen, wie die im öffentlichen Dienst, auf den 5. März gelegt werden. Sodass wir Jugendliche und Arbeitende Schulter an Schulter gegen Krieg und Wehrpflicht kämpfen können.

Diesen Aufruf an den DGB muss auch das Schulstreik gegen Wehrpflicht Bündnis teilen. Schüler:innen können die Personalräte an Schulen auffordern, dass sie Stellung dazu beziehen, und die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) auffordern, Streiktage auf den 5. März zu legen.

Auch müssen sich Parteien, wie Die Linke, an den Mobilisierungen beteiligen, denn ihre Basis besteht größten-teils aus Arbeitenden. Die Linkspartei muss auch ihren Einfluss in Gewerkschaften nutzen, um Druck auf diese aufzubauen und mit uns am 5. März zu streiken!

Linksjugend Solid und Jusos

Die Solid und die Jusos sind mitunter die größten linken Jugendorganisationen in Deutschland. In einigen Städten gab es von ihnen eine Beteiligung an den Streiks. Doch es braucht mehr.

Beide müssen sich bundesweit dazu entscheiden die Streiks mit Ressourcen (wie Geld oder Räume) zu unterstützen. Und sie müssen auch ihre eigene Mitgliedschaft dazu mobilisieren, an Schulen Streikkomitees aufzubauen. Da das einer der wichtigsten Mobilisierungspunkte ist.

Insgesamt sehen wir zwar, dass weder die SPD noch die Linkspartei sich konsequent Militarisierung in den Weg stellen. Trotzdem ist es umso wichtiger das es ihre Jugend tut. Wir sind es, die am Ende in ihren Schützengräben landen sollen.

Zusammenführen mit linken soziale Bewegungen

Gerade werden die Widersprüche des Kapitals an verschieden Stellen klar deutlich, deswegen gibt es auch verschiedene Bewegungen in Deutschland. Letztes Jahr gingen so viele Menschen wie noch nie auf die Straßen gegen den Genozid in Gaza und es gab Massenproteste gegen den Rechtsruck. Wichtig ist zu verstehen: diese Krisen passieren nicht nebeneinander. Sie sind alle Ausdruck des widersprüchlichen zerfallenden Systems, in dem wir leben. Um sie zu überwinden braucht es den Sturz der Herrschenden. Der Zusammenhang dieser Kämpfe lässt sich aber auch konkret aufzeigen: Es sind die Rechten, die wollen, dass wir unserer Leben für Nationalstolz im Schützengraben lassen. Und es ist Gaza, wo Deutschland jetzt schon mit Waffen seine Interessen durchsetzt. Diese Kämpfe gehören zusammen.

Und nur in einem gemeinsamen Kampf können sie erfolgreich sein. Wir müssen also Widersetzen und Palästinische Organisationen dazu auffordern, den Kampf gegen die Wehrpflicht zu unterstützen.

Lasst uns eine Bewegung aufbauen die dieses System an der Front sterben lässt!